

Dr. R. Schwab... erhebt wöchentlich 20... und ist durch die Expedition...

Angelagerter Betrag für die Expedition... 25 Bfg. außerhalb 45 Bfg. Doppelhefte unter Zugl. 1.20 Bfg.

Volkswacht für Schlesien und „Niegriher Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 249.

Breslau, Dienstag, den 23. Oktober 1917.

28. Jahrgang.

Regierungskrisen.

Deutsche Kanzler-Kandidaten.

Während Staatssekretär Kühlmann noch in Wien mit seinem österreichischen Kollegen verhandelte, ist Kaiser Wilhelm am Montagabend nach Berlin zurückgekehrt...

Soweit man sieht, ist Herr Michaelis zurzeit in Deutschland der einzige Mann, der einen Kanzlerwechsel nicht für nötig hält. Die politischen Parteien aber, die Konservativen nicht ausgenommen, sind schon auf der Suche nach einem Nachfolger für ihn.

Als Kandidaten nennt man den Fürsten Hatzfeldt, den Staatssekretär Graf von Roederer, den Staatssekretär von Kühlmann, den Vorkämpfer Grafen Bernstorff und vor allem auch den Fürsten Bülow.

Vom Grafen Roederer ist anzunehmen, daß er in den gegenwärtig schwebenden Fragen den Standpunkt der Linken vollkommen teilt. Dasselbe gilt so ziemlich auch für die übrigen Kandidaten, ausgenommen den Fürsten Bülow. Ob Graf Roederer in seinen Fähigkeiten ebenso bedeutend wie in seinen Meinungen lobenswert ist, darüber gehen die Meinungen weit auseinander.

Für den Grafen Bernstorff hätte man sich mit Eifer einsetzen können, wenn er nicht in die unglückliche Depeschen-Affäre verwickelt worden wäre. Er ist ein kluger und kenntnisreicher Mann, der die Notwendigkeiten der Zeit begriffen hat und unter Umständen auch vor radikalen Entschlüssen nicht zurückschrecken würde.

So tritt die Kandidatur des Fürsten Bülow immer mehr in den Vordergrund. Es ist bekannt, daß Fürst Bülow den Ehrgeiz hat, zum zweiten Mal Kanzler zu werden und daß seine zahlreichen Freunde, die fieberhaft für ihn agitieren, dies mit seiner dankbaren Zustimmung tun.

Bülow ist auf keinen Fall der Kandidat des Kaisers, der ihn in den bekannten Konflikt des „Daily Telegraph“ im Jahre 1908 geführt hat. Die Ernennung Bülows zum Reichskanzler wäre eine Verlegenheitsauskunft und ein Beweis dafür, wie sehr es in Deutschland an geeigneten Männern zur Führung des Reiches fehlt.

es hat sich lediglich darum gehandelt, die gesamte kritische Lage zu besprechen. Die Einladung zu der Besprechung hatte nicht alle Vertreter der Fraktionen rechtzeitig erreicht, es haben mehrere gefehlt, u. a. auch Herr von Bayer, der die Besprechungen leiten sollte.

Auch in Frankreich glaubt man allgemein, daß die Affären der letzten Wochen und die Unzufriedenheit mit der ganzen Entwicklung zu einer Umbildung des Ministeriums führen werden. Als Nachfolger Painlevés wird dabei auch der alte Tiger Clemenceau wieder genannt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Italien, wo Minister DiSSolati durch seine brutale Behandlung der Turiner Aufstände den allgemeinen Unwillen auf sich gelenkt hat. Die italienische Presse behandelt das Kabinett Boselli bereits als erledigt und feiert Ricci als kommenden Mann.

Die pessimistischen Betrachtungen der holländischen Presse über die Möglichkeit, daß Holland doch noch in den Krieg hineingezogen und der Schauplatz der deutsch-englischen Entscheidungskämpfe werden könnte, haben in den letzten Tagen auffällig zugenommen.

Dem Stockholmer Berichterstatter des „Pesti Naplo“ soll allerdings Gutzmanns erklärt haben, daß die Friedensaussichten gut seien. Der Sturz des größten Friedensverhinderers in Frankreich stehe bevor.

Die Mehrheitsparteien zur Kanzlerkrise.

Am Montag vormittag begannen im Reichstagsgebäude die Besprechungen zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages. Die Verhandlungen waren streng vertraulich.

Unter „Lokalanzeiger“ hört, ergab der bisherige Verlauf der Besprechungen volle Einmütigkeit in der Beurteilung der gegenwärtigen und haltbaren Lage; über die Mittel zur Lösung der Krise war man indessen vorläufig noch verschiedener Ansicht.

Gegenüber dem Gerücht, Graf Roederer habe über seine Absichten Rücksichten als Podestager von Dr. Michaelis fundieren lassen, bemerkt der „Lokalanzeiger“, die Nachricht sei falsch. Graf Roederer selbst sei über das Ansehen von Gerüchten über seine Kandidatur überrascht gewesen.

Das Ergebnis des U-Bootkrieges.

6 975 000 Tonnen.

Berlin, 22. Oktober. Ähnlich wie mitgeteilt: Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat September insgesamt 672000 Brutto-Registertonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelskapitalraumes zerstört worden.

Gegen die Ergebnisse der früheren Monate, die sich zwischen 800 000 und 1 Million Tonnen bewegten, weist der September einen erheblichen Rückgang auf. Er läßt sich ganz natürlich aus der Tatsache erklären, daß eben einige Millionen Tonnen weniger auf dem Wasser schwimmen, also auch weniger versenkt werden können.

Daneben wird freilich auch der Neubau von Schiffen in England und Amerika viel beträchtlicher gewesen sein, als man in Deutschland annimmt. Denn der U-Bootkrieg hat trotz seiner Erfolge das Friedensbedürfnis in England bisher nicht gesteigert, er hat die Munitionsvorrichtung der englischen Front, wie die Trommelfeuer und Großkampftage in Flandern zeigen, nicht beeinträchtigt und er hat England noch nicht einmal gezwungen, seine Lebensmittel so zu rationieren, als es in Deutschland seit Jahr und Tag der Fall ist.

Der Erfolg, den Heydebrand und sein Admiral, den Reventlow und gewisse andere Leute vom U-Bootkrieg vorausagen, ist also nicht eingetreten. Was sie vor sechs Monaten erwarteten, ist im jetzt bald abgeschlossenen achten Monat noch nicht von Ferne zu erkennen.

England schweigt.

London, 23. Oktober. (Reuter.) Im Unterhause fragte King, ob die Alliierten eine gemeinschaftliche Antwort auf die Friedensvorschläge des Papstes abgeben würden oder ob die amerikanische Antwort als Ausdruck des Willens der Alliierten anzusehen ist.

England und die Russenvorschläge.

Rotterdam, 22. Oktober. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Petersburg, daß die Sowjets in ihre Friedensbedingungen unter anderem auch die Teilnahme aller neutralen Länder an dem Friedenskongreß verlangen.

Die Kämpfe in Flandern.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 23. Oktober, abends. (Amtlich.) Die Fronten in Flandern sind bis auf einen geringen Geländegewinn des Feindes bei Ballois (nördlich von Sangemar) geblieben; auch an der Straße Menin-Oporn brach ein harter englischer Angriff völlig zusammen.

Nordwärts von Solfont hat sich die Artilleriechlacht nach vorübergehendem Nachlassen am Morgen wieder zu voller Höhe gesteigert. Die Gesamtzahl der Gefangenen und über 100 Geschütze, sowie unzählige Munitionskisten.

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 22. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern schloß gestern der Feuerkampf vom Foubouster Walde bis zum Kanal Comines-Opren wieder zu großer Stärke an und blieb, vielfach zum Trommelfeuer gesteigert, bis zum Morgen heftig.

Greresgruppe Deutscher Kronprinz. Die Artillerie schloß gestern die Artillerie-Gründ und Trabe wurde unter höchstem Einsatz aller Kampfmittel tagsüber und mit nur wenigen Pausen auch während der Nacht weitergeführt.

Im mittleren Abschnitt des Chemin-des-Dames war besonders bei Cernay das Feuer zeitweilig sehr heftig.

Nach in der Champagne und an der Maas hat sich die Kampfaktivität vermindert.

Große feindliche Flieger und ein Fesselballon wurden gestern zum Abbruch gebracht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die ganze Insel Dagoe ist in unserem Besitz; mehr als 1200 Gefangene und einige Geschütze wurden eingebracht, große Beute erbeutet.

In neun Tagen führten Armee und Marine die Operationen über See gemeinsam durch, die Desele, Monon und Dagoe, die Schlüsselplätze der östlichen Ostsee, in deutsche Hand brachten.

Ein neuer Beweis der Schlagkraft unseres Heeres und unserer Marine ist erbracht; ihr Zusammenwirken auch hier kann vorbildlich genannt werden.

Mazedonische Front.

Im Stambol-Zai entzissen unsere und die verbündeten Truppen den Franzosen im Gegenangriff einige Höhenstellungen und hielten sie gegen starke Gegenstöße.

An der Straße Kozanitz-Mesma scheiterten wiederholte Angriffe des Gegners.

Der Feuerkampf blieb hier und in breiten Abschnitten auf beiden Warbat-Flütern stark.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Amtliche Erläuterung.

Berlin, 22. Oktober. Am der Spitze steht am 21. Oktober von Mittag ab das Feuer auf. Ostende wurde von dem Meer aus beschossen. Während in Ostende ein Schiffschiffen versenkt wurde, haben bei Sizone belagerte Einwohner den feindlichen Feuer zum Opfer.

An der flandrischen Hauptkampffront besteht der Feuerkampf vom Foubouster Walde bis zum Kanal Comines-Opren zu großer Stärke an und blieb, vielfach zum Trommelfeuer gesteigert, bis zum Morgen heftig.

Am 22. Oktober, 6 Uhr 30 Minuten vor Mitternacht, wurde von Werden bis Handboote Trommelfeuer ein nordwestlicher Dampfer und Poellapelle französisch-englische Angriffe eingeleitet haben.

Eigene Bombengeschütze belegen mit Erfolg feindliche Anlagen. Bei Oern und östlich des Fühler Sees lag je ein feindliches Munitionslager in der Luft.

Mit der völligen Einnahme des Insel Dagoe, auf der mehr als 1200 Gefangene, einige Geschütze eingebracht und große Beute erbeutet wurden, befinden sich die Schlüsselplätze der östlichen Ostsee selbst in deutscher Hand.

Berlin, 22. Oktober. (Amtlich.) Die im östlichen Abschnitt des russischen Westfrontes unter dem 19. Oktober gemeldete Expedition eines Linien Schiffes der Russischen Flotte und eines Kreuzerschiffes durch ein englisches U-Boot ist erfunten. Der erwähnte Angriff ist am Abend

des beschriebenen Unterwasser U-Boot bemerkt worden. Ein feindliches Torpedoboot ist aber vorüber gegangen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz. Weiterwärts der Kollapstraße im Vellegrino-Tale und im Marcolata-Gebiet lebte die Gefechtsaktivität auf. Am Monte Sief gelang die Sprengung eines feindlichen Stützpunktes.

Schändlicher Kriegsschauplatz. Ein am westlichen Stambol-Flüßer von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen geführter Angriff brachte uns in den Besitz einiger französischer Stellungen.

Die Jagd auf die Zeppeline.

Berlin, 22. Oktober. Zu dem Verluste von vier an dem erfolgreichen Angriff auf England beteiligten Luftschiffen erfährt der 'Volkswagen', daß dieser Verlust einzig und allein der Windabweisung und einem Nebel von solcher Dichtigkeit anzuschreiben ist, daß die Sicht auf 3 bis 5 Meter Entfernung beschränkt war.

Die französische Darstellung über die Jagd auf die Zeppeline ist folgende:

Bisher eingegangene Meldungen lassen annehmen, daß elf von England geflossene Luftschiffe französisches Gebiet überflogen. Das von Anfang an durch die deutsche Unternehmung behauptet sich über einen großen Teil Englands aus, nahm aber ein unglückliches Ende.

Nach dem deutschen amtlichen Bericht sind nicht sechs, sondern vier Luftschiffe verloren. Die Differenz bleibt noch aufzuklären.

Wieder 46000 Tonnen versenkt.

Berlin, 21. Oktober. (Amtlich.) Im Mittelmeer sind durch zielbewusste Leitung und frischen Wagemut unserer U-Boote, aller feindlichen Abwehr zum Trotz, wieder zwölf Dampfer und drei Segler mit über 46000 Brutto-Registertonnen versenkt worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Meine Kriegsnachrichten.

Ein englischer Monitor gesunken. Amtlich wird mitgeteilt: Der in der Nacht vom 18. zum 19. Oktober auf dem Dun kirchener See e torpedierte englische Monitor ist, wie aus später eingelaufenen Meldungen der beteiligten Streitkräfte hervorgeht, durch den Angriff unserer Torpedoboote zum Sinken gebracht worden.

Befürchtungen für Petersburg. Die 'Times' meldet aus Petersburg, daß alle wichtigen Munitionsfabriken aus Petersburg entfernt werden. Man fürchtet, daß die Zepeline bald bis Petersburg kommen werden.

Die Zahl der in der Munitionsindustrie tätigen Frauen in England beträgt nach Reuters Bureau nach den letzten Zählungen 700 000 gegenüber 400 000 im Juli 1915. Das bedeutet eine Zunahme von über 40 Prozent.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschafter im Großen Hauptquartier.

Von dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften wird uns mitgeteilt:

In den letzten Wochen wurden von mehreren stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen, die geeignet sind, die gewerkschaftlichen Organisationen einzuschränken und zum Teil völlig lahmzulegen.

Da von der Obersten Heeresleitung immer wieder darauf gedrungen worden ist, die Produktion für den Heeresbedarf in Deutschland zu erhöhen, während diese Verordnungen geeignet sind, die Produktivität einzuschränken, so hielten die Gewerkschaften es für zweckmäßig, ihre Bedenken gegen solche Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos dem Großen Hauptquartier vorzulegen.

Nachdem Vertreter der christlichen und römisch-katholischen Gewerkschaften zur Beprechung der gleichen Angelegenheit im G. H. Q. empfangen worden sind, haben am 12. Oktober die beiden Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien und Geiser, gleichfalls die Befürworter der Gewerkschaftsorganisationen im G. H. Q. vorgetragen.

Nach einem kurzen Begrüßungsbegriff durch den Generalsekretär Hindenburg fand eine lange Verhandlung mit dem Generalquartiermeister Lubendorff statt. In dieser sind von den Gewerkschaftsvertretern in sachlicher Weise die Bedenken gegen die Verordnungen vorgetragen und auf die Rückwirkungen, die sie auf die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter ausüben müssen, aufmerksam gemacht worden.

Die Verhandlungen hätten den Erfolg gehabt, daß eine baldige Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Es ist daher bringen zu wünschen, daß die Arbeiterschaft auch dann, wenn sie Anlaß hat, durch Arbeitseinstellung den Widerstand und das unsoziale Verhalten der Unternehmern zu überwinden, keine unüberlegte Schritte tut, sondern zunächst die Mithilfe der Gewerkschaften und der durch das Militärbedienstetengesetz eingerichteten Instanzen in Anspruch nimmt.

Parteiangelegenheiten.

Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei Österreichs wurde am Montag, nachdem Adler auf die gegen die Parteileitung gerichteten Angriffe eingegangen war, und insbesondere erklärt hatte, daß die sozialdemokratischen Führer die Anrufung, in die österreichische Regierung einzutreten, abzulehnen, mit einer einstimmig angenommenen Beschlusstimmung geschlossen, in der festgestellt wird, daß die Partei ohne Unterschied der Richtungen darin einig ist, ihre Gesetzmäßigkeit und Einigkeit zu erhalten und den Kampf für die Freiheit mit aller Kraft fortzusetzen.

Der arme Buchbinder.

Roman von Hermann Horn.

1) (Nachdruck verboten.) Mühsig aufsehen konnte sich der Exilant Frau Kofke auf bei einer anderen Gelegenheit. Damals waren gerade die Reichsgerichtshofen, und Frau Kofke, die mühsig, der Reichs Hofe alles sehen, weil er eben ein Mensch sei, hatte ihren 'Himmels' überbeten, mit zu einer Veranlassung zu gehen, die von der Arbeiterpartei einberufen worden war, um die Wahlresultate gemeinsam entgegenzunehmen.

Schatten, von Betrübnis und neuerstehender Fülle sah wieder zurückgeben. Das Bild beruhte sich in ihm und war in seinem Innern jogleich von geheimnisvollen Krüften umhüllt, wie eine Land-Ischheit bei der Nacht von der Finsternis umhüllt bald besser, bald dunkler erscheint, bald näher, bald ferner vor ihm liegt.

Einer sagte dann zu dem Brauen: 'Stell, mach keine Schnaps!' Und der antwortete zur Abwehr lachend: 'Ja, ja Schnaps mer halt auf Achtung!' Während dies gesprochen wurde, sah Leopold Steiner, wie Frau Kofkes Bild ihn freizog und sie ihm ein freundliches Lächeln gab, als habe sie seinen Schmerz empfunden und wolle ihn trösten.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Nach der Freitag-Nachmittagsstimmung tragen wir noch folgendes nach:

Vorsitzender Müller: Das Bureau hat an den Genossen Gerisch folgendes Telegramm abgesandt: „Dem alten Kumpfkämpfer sendet der Parteitag herzliche Grüße.“ (Beifall.)

Zu einer Erklärung erhält das Wort Abg. Davidsohn: Durch den Schluß der Debatte am heutigen Vormittag wurde ich verhindert, über das Kapitel der

Allmacht der stellvertretenden Generalkommandos

zu sprechen. Unser Präsidium gestattet mir jedoch, mitzuteilen, daß kürzlich in Berlin eine Besprechung stattgefunden hat, an der außer Reichstagsabgeordneten aller Fraktionen und Vertretern der Reichsregierung Beauftragte des Generalgouvernements Parisien und von Oberost teilgenommen haben. Es handelte sich um die Regelung von Angelegenheiten der zurzeit in Deutschland befindlichen polnischen und litauischen Arbeiter zuzuführen Staatsangehörigkeit. Das Kriegsministerium stellte im Laufe der Verhandlungen fest, daß gemäß kaiserlicher Verordnung die stellvertretenden Generalkommandos in den in Betracht kommenden Arbeiterangelegenheiten den Anordnungen des Kriegsministeriums begehren, das Kriegsministerium sich zu fügen hätten. Gilt dies für ausländische Arbeiter, so sollte angenommen werden dürfen, daß auch der deutsche Arbeiter sich nicht entziehen darf, das Recht der Selbstherrlichkeit und Allmacht der stellvertretenden Generalkommandos abgenommen wird. (Beifall.)

Es wird nun über die Anträge abgestimmt.

Der Antrag Bremen (Unterstellung der Fürsorge für Kriegsbekindete und Kriegshinterbliebene unter die Reichsversicherungsordnung und ihr Rechtsverfahren) wird der Fraktion überwiesen. Der Antrag Stuttgart auf Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms für die nächsten Aufgaben wird dem Parteivorstand überwiesen, ebenso der Antrag 3 auf Herausgabe geeigneter Studienmaterials über die Kolonial- und Wehrmachtfrage. Desgleichen der Antrag Teltow-Beckow auf Einsetzung einer handelspolitischen Kommission. Der Antrag Hannover auf Schaffung von Mentämtern für Kriegsbekindete wird der Fraktion überwiesen. Der Antrag Johanna Meise und Genossen, der die Frage des Mitbestimmungsrechts der Frauen in allen sozialen und politischen Angelegenheiten behandelt, wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Krüger-Teltow-Beckow und Genossen auf Erhöhung der Renten für die Kriegswitwen, Waisen und Invaliden und der Familienunterstützung. Einstimmige Annahme findet ferner ein

Protest

gegen die Erhöhung der Eisenbahnfahrtpreise,

der gegen diese im Verordnungs- statt im Gesetzeswege vorgenommene Verdoppelung der Fahrpreise Stellung nimmt.

Der Antrag Thiele-Blas (63), der den Grundbesitz aufstellt, daß alle am Krieg erzielten Gewinne und Vermögensmehrungen reiflos dem Reich gehören müßten, wird zum Beschluß erhoben.

Darauf beginnt

die Verhandlung über Lebensmittelfragen.

Abg. Robert Schmidt-Berlin: Die ungünstige Stimmung der Bevölkerung ist verursacht durch die unbedeutende Lösung der Nahrungsmittelversorgung. Wir leiden auch unter den ungeeigneten und ungewöhnlichen Maßnahmen der Regierung. Unsere frühzeitigen Vorschläge wurden nicht beachtet und die später ergriffenen Maßnahmen kamen immer zu spät. Unter dem Einfluß interessierter Gruppen hat man, statt die Preisfreiheit zu befürworten, immer Höchstpreise festgesetzt. Eine planmäßig geordnete Verteilung unserer Lebensmittel ist lange unterblieben. Wieder hat man bei der diesjährigen Ernte besondere Maßnahmen für Ablieferung, Frachtkurs und Beförderung an die Eisenbahnen bewilligt. Die Kartoffeln sind teurer als jemals im Krieg; ein Preis von

8 und 10 Mark für einen Zentner Kartoffeln

in Kleinverkauf ist geradezu unerhört. (Sehr richtig!) Wir fordern deshalb, daß Staatsmittel zur Senkung der Preise für Kinderbewilligung in Anspruch genommen werden. Sonst ist die Arbeiterbevölkerung nicht einmal in der Lage, das zu kaufen, was ihr durch die Verteilung überwiesen wird. In der Zeit des Krieges muß eine Konkurrenz auf dem Wirtschaftsmarkt aufgehoben werden und an ihre Stelle muß die Einführung der Preisplangabe und die Verteilung der Produkte in gleichmäßiger Art und die Festsetzung von Höchstpreisen treten. (Sehr richtig.)

Giermann-Rürnberg vermisst in der Resolution Schmidt die Forderung, Reichsmittel zum Erwerb von Lebensmitteln für die minderbemittelte Bevölkerung bereitzustellen. Die Höchstpreise werden viel zu schematisch vom grünen Tisch in Berlin aus festgesetzt. Abbau der Lebensmittelpreise ist notwendig. Man sollte immer offen der Bevölkerung sagen, wie es liegt. Das neue Schweinefleisch ist heller als das alte.

Helena Wagner-Gemüß: Die Frauen sind durch die Lebensmittelverknappung furchtbar verdrückt und leben in ihrer Verzweiflung auch uns die Schuld zu. Man muß den Frauen endlich einmal klar machen, daß nichts mehr zum Verteilen da ist. Unsere Vertreter haben überall getan, was möglich war, und außerordentlich viel geleistet. Freilich heute mit viel Einkommen verfahren sich hinterherum noch alles Gute. Die Sparlichkeit in der Ernährung, die man uns aufzwingt, ist das schlimmste, was man treiben kann. Gesetze und Verordnungen haben wir genug, an der Durchführung fehlt es. Der beste Protest gegen alle Fehler der Lebensmittelpolitik ist der Kampf um die Einführung der sozialdemokratischen Organisation.

Müller-München: Glaube denn jemand, daß hier in Bayern Milch und Speck fließt. (Sehr richtig!) Mancher ist wohl in der Ueberzeugung hierher gekommen, daß ihm hier die große Butterdose winkt. (Erneute Heiterkeit.) Aber in unseren Industriegebieten herrscht die gleiche Lebensmittelnot wie in Mittel- und Norddeutschland. Die Festsetzung der Höchstpreise gleichmäßig für das ganze Reich ist völlig verfehlt. Ein Preis von 8 Mark für den Zentner Winterkorn ist für den armen Arbeiter in Oberkanten geradezu unerhört und unverträglich. (Sehr richtig.) In den Preisüberwachungsstellen sitzen noch viel zu wenig Verbraucher. Die Genossenschaften haben noch eine große Zukunft. (Beifall.)

Gröger-Kaufhaus: Parteivorstand und Generalkommission haben ihre Schuldigkeit getan, aber man muß doch bedenken, daß auch die Lebensmittelfragen politische Machtfragen sind. (Sehr richtig!)

Frau Schilling-Döbeln: Wir verlangen ganze Maßnahmen, die Halbwelt der Regierung begünstigen nur den Schleichhandel. Darunter leiden die Arbeiter am stärksten. Die Nationen reichen zur Ernährung nicht aus und bei kinderreichen Familien werden die Mütter geradezu zum Diebstahl gezwungen, um die Kinder nicht hungern zu lassen. Ohne den Schleichhandel würden wir uns alle jammern können. (Sehr richtig!)

Frau Görtz-Hannover spricht die Wohlthat. Kammels-Mannheim schließt die unaufhaltbare Entwicklung in der Steigerung aller Lebensmittelpreise, die Sozialisierungen zur Folge haben müßte. Die Nahrungsmittelbewirtschaftung durch Erhöhung ihres Lohnes einen Ausgleich schaffen, nicht aber die Lebensmittelpreise, die den Arbeiter

und der Mittelschicht. Das Reich genötigt den ärmeren Volksteilen wegen der Erhöhung der Kohlenpreise einen zehnprozentigen Nachlaß auf die Kohlensteuer. Bieleicht findet dieses Beispiel Nachahmung, denn was der Kohle recht ist, ist den Lebensmitteln billig. Der Schleichhandel muß in jeder Form bekämpft werden. Im Norden schließlich, wo die Bevölkerung kaum die vorgezeichneten Rationen bekommt, werden alle moralischen Vorurteile nichts heißen, wenn beim Hunger hört jede Gemütslichkeit auf.

Reinert-Hannover: Wir müssen objektiv sein und eine Verteuerung der Herstellung der Agrarprodukte anerkennen. Um die ärmeren Schichten nicht zu sehr leiden zu lassen, haben wir daher im Reichstag die

Hebernahme der Höchstpreise auf das Meist

beantragt. Die Höchstpreise für Erzeuger müssen einheitlich für das ganze Reich festgelegt werden, sonst werden die Betriebe mit den niedrigen Preisen einfach nicht viel liefern. Wir haben den Wirrwarr beim Gemüse erlebt. In der Preispolitik muß eine größere Stetigkeit herrschen. Der Handel hat als volkswirtschaftliche Einrichtung vollkommen verfallen. Er kümmert sich nur wenig um die Verteilung, ihm kommt es nur auf hohe Gewinne an. Mit aller Schärfe muß die maximale Verteuerung der Grundbesitzer gebremst werden. (Zustimmung.) Der Schweinemord war notwendig, das Fleisch hätte aber gerechter verteilt werden müssen. In der Ernährungsfrage wird ausschließlich im Interesse der Agrarier verfahren. (Zustimmung.)

Gröger-Stuttgart: Unsere geringen Erfolge in der Ernährungsfrage zeigen, daß wir noch nicht die Macht haben, unseren Willen durchzusetzen. Die Preise sind viel stärker gestiegen als die Löhne für die Herstellung. (Sehr richtig!) Die Herstellungskosten spielen für die Preisfestsetzung überhaupt keine Rolle mehr. Das Obst wäre im Binnenlande bis zu sieben Mark für den Zentner heruntergegangen, wenn Berlin nicht 40 Mark als Mindestpreis vorschreiben würde.

Einstimmig wird eine Entschließung Robert Schmidt-Otto Braun angenommen.

Schlicht-Breslau: Schlicht hat sich ein ganz außerordentliches Verdienst erworben dadurch, daß er die Kolonnen eingeleitet ist. Die Fraktionen und der Parteivorstand hätten schon früher auf diese Dinge hingewiesen und das Bureau für Militärausgaben hätte sich bemühen sollen. Wir bekommen ganze Stöße von Selbstkosten täglich, denen keine Verantwortung und Aufsicht möglich ist. Stücken müssen die nötigen Gelder beigegeben werden, damit alle Eingänge gesammelt und registriert werden; denn zur Verbindung unserer Vorstellungen auf Vertiefung der Dienstzeit, Reform der Besoldungsordnung und des Militärschulsystems ist hier reiches Material zu finden. Von diesem neuen Augenblick können sich die Soldaten auch mit Vertrauen sagen, daß es nichts verstanden wird. Man hat selbst, das nicht zu uns gehört, wird durch diese Mittel zu uns kommen. Das Bureau muß auch nach dem Krieg erhalten bleiben, es wird eine wahre Fundgrube für die Fraktionen darstellen. Es ist nicht notwendig, daß gerade die Hauptarbeit der höheren Unterführung für die Regierung und die Familien durchgeführt werden ist, sondern die Erhöhung des Lohnes für Mannschaften und Unteroffiziere. Wie stellt sich die Regierung dazu? Unterstaatssekretär Wolzoff hat wenig Geneigtheit dazu gezeigt, diese Forderungen zu bewilligen. Unabwendbar werden wegen des Ausbruchs von Inflation immer noch vor, das Recht auf Urlaub ist eine Notwendigkeit, ebenso die Gewährung eines zweiten Ausganges. Das den Offizieren recht ist, ist auch der Mannschaften billig.

Selber ist der Fraktion die Aufgabe des Preisregulierungsausschusses noch nicht gelungen. So wie bisher kann es aber nicht weitergehen. Unbegreiflich ist es, daß die Unabhängigen im Reichstage gegen die Aufhebung der politischen Zensur stimmten konnten, mit unseren ängstlichen alten Volkseigenen, den Konservativen, zusammen.

Uns im Sozialistischen Reich keine Versammlung mehr genehmigt. Als ich nach dreijähriger Abwesenheit vom Militär zurückkam, wollte ich die landesüblichen Organisationen wieder aufsuchen. Das vorübergehende stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps. Alle öffentlichen politischen Versammlungen sind verboten, wie nur das Generalkommando und auch das Kriegsministerium auf eine fruchtlose Beschränkung nicht gestanden haben. Während aber des Krieges in Deutschland die Militärschulen und nicht öffentlichen Versammlungen seit August wieder zugelassen seien, werden auch diese in der letzten Zeit bei uns verboten. Weil ich in einer Mitgliederversammlung gesagt habe, daß wir wieder mehr Mitgliederbesammlungen abhalten werden, um mehr Mitglieder zu gewinnen, wurde ich in Untersuchung gezogen. (Sehr richtig!) Ich bitte die Fraktionen, energischer als bisher für unser Recht einzutreten, denn was man in Schließen hat, bedeutet nichts als die Vernichtung der sozialdemokratischen Organisationen in allen den Konserwativen und der Vaterlandspartei. Keine Arbeit, keine Unternehmung, wenn das nicht anders ist! So stehen die politischen Arbeiter, die sonst mit der Führung der Fraktionen vollständig auseinander sind. (Beifall.)

(Die Ausführungen des Genossen Schlicht kamen im oben Bericht org bestimmt.)

Heinrich Schulz begründet folgenden von Wert, Region und ihm gestellten Antrag:

„Der Parteitag beauftragt die bisherigen Mitglieder des Zentralbildungsausschusses David, Heimann, Korn, Löbe, Müller, Schulz mit der Fortführung der Arbeiten des Zentralbildungsausschusses während der Dauer des Krieges. Zugleich ersucht der Parteitag den Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Zentralbildungsausschuss eine Verständigung über die zukünftige Arbeit der Gewerkschaften im Zentralbildungsausschuss herbeizuführen.“

In seinen Ausführungen macht Schulz darauf aufmerksam, daß die Zentralkasse für die arbeitende Jugend und die örtlichen Jugend- und Bildungsausschüsse aus Partei- und Gewerkschaftsgenossen zusammengesetzt sind. Das Gleiche soll nun auch für den Zentralbildungsausschuss angestrebt werden.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Anna Blas-Stuttgart begründet den Antrag der weiblichen Vertreter auf dem Parteitag und zahlreicher Delegierter, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages das Thema „Frauenarbeit und Frauenschuß“ zu setzen. Rednerin erinnert an die großen Leistungen und Opfer der Frauen in der Kriegszeit. 40 Jahre sind es erst gerade her, seit die Sozialdemokratie zum ersten Mal für den Frauenschuß im Reichstag durch einen ausführlich begründeten Gesetzesantrag eingetreten ist. 40 Jahre lang hat die Sozialdemokratie als Mütter der Frauenarbeit gekämpft. Sehr viel hat sie leider nicht erreicht, denn die bürgerliche Mehrheit hat Anträge für Wählerinnen- und Säuglingschütz abgelehnt und am gleichen Tage große Mittel für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche bewilligt. Die Frauen sind die Träger der Zukunft, die Frauen können allein den sozialistischen Geist in die Familie tragen. Nehmen wir uns der Fraueninteressen mit allem Nachdruck an. (Beifall.) Der Antrag wird angenommen.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und Bräuer zum Vorsitzenden gewählt.

Es folgt die Beratung des Antrages Hamburg III, dem Parteiauschuß Beschlußrecht zu verleihen, ferner: „An Mitglied des Parteivorstandes, das sich Handlungen zuschulden kommen läßt, die das Parteileben schädigen oder mit demselben unvereinbar sind, kann auf Beschluß der Kontrollkommission von diesem Amt bis zum nächsten Parteitag entbunden werden.“ Ferner soll dem Parteiauschuß das Recht zu übertragen werden, die Kontrollkommission gegen einen Parteimitglied zu ernennen, wenn das Mitglied sich durch sein Verhalten dem Parteileben schädigen oder mit demselben unvereinbar machen würde. (Beifall.)

entfernung geschaffen werden, wie den Mitgliedern des Parteivorstandes.

Die Anträge begründet Große-Hamburg: Auch wenn man davon zurückschreckt, legt das Statut zu ändern, schenken unsere Anträge doch eine unbedingte Notwendigkeit zu sein. Durch ihr Fehlen drohte der Partei während des Krieges ein Chaos. Wir waren zu tolerant gegen die Opposition (vielfache Zustimmung), der es nur um die Masse ging, und das hätte uns beinahe die ganze Organisation gelöst. Ein Parteivorstand mit hinterhältigem Charakter muß aus der Partei entfernt werden können. Wie kann man einen Parteivorstand länger im Amt lassen, der planmäßig Beschlüsse des Parteivorstandes durchkreuzt. Denken Sie nur an das „Gebot der Stunde“. (Sehr gut!) Es ist geradezu unerträglich, daß eine Person jahrelang keine Parteibeschlüsse zahlt und trotzdem die höchsten Ehrenämter in der Partei bekleidet. Denken, die niemals an dem Aufbau der Organisation mitgearbeitet, sondern sie nur als ihr Werkzeug benutzt haben, ist die Organisation ja selbst. Wer aber Jahrzehnte lang sie mitgeschaffen hat, der will sie erhalten. Wir haben nicht die Möglichkeit, alle Augenblicke einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Die Zukunft kann uns sehr rasch vor die wichtigsten Entscheidungen stellen, etwa die Beteiligung an der Regierung, stellen. Da brauchen wir aus Parteivorstand, Reichstagsfraktion, Kontrollkommission und Parteiauschuß eine Instanz, die rasch verantwortliche Beschlüsse fassen kann. Deshalb müssen wir dem Parteiauschuß Beschlußrecht geben. (Beifall.)

Schmidt-Meißen: Ich bitte alle Anträge abzulehnen, welche die Partei über den Krieg hinaus binden. Der heutige Parteitag gibt kein richtiges Stimmungsbild. (Große Unruhe.)

Vorsitzender Görtz: Ich muß diese Vorkürse gegen den Parteitag mit aller Entschiedenheit zurückweisen, sie sind ganz willkürlich und durch nichts begründet. (Beifall, Zustimmung.) Der Parteitag ist zusammengesetzt auf Grund des Organisationsstatutes. (Sehr wahr!) Die Kommission hat alle Mandate geprüft und gegen keine Einsprüche erhoben worden. (Sehr richtig!) Diese unbegründeten Vorkürse in letzter Stunde verfolgen offenbar besondere Absichten. (Beifall, Sehr richtig!)

Schmidt-Meißen: Die Erregung des Vorsitzenden ist ganz unbegründet.

Vorsitzender Görtz: Ich bin in keiner Weise erregt, aber ich habe als Vorsitzender die Rechte des Parteitages zu wahren und das Recht lasse ich mir auch vom Genossen Schmidt nicht nehmen. (Beifall.)

Schmidt-Meißen: Ich bin ebenso besorgt, daß diese der Partei wahrzunehmen. Aber auf diesem Parteitag sind viele Kreise schwach, manche gar nicht vertreten. Der Parteiauschuß hat gar keine demokratische Grundlage. Ich warne Sie vor Gelegenheitsgeschmäherei.

Hermann Müller (Parteivorstand): Unser Organisationsstatut ist unsere Verfassung. Deshalb wollen wir in aller Ruhe und Sachlichkeit über diese Anträge sprechen und uns nicht durch die Rede Schmidts verleiten lassen, sie anzunehmen. (Sehr richtig!) Der Parteivorstand hat ja ursprünglich dem Parteiauschuß Beschlußrecht geben wollen, aber der Parteitag hat seinerzeit anders entschieden. Nun müßten wir ja um jeden Preis eine Änderung treffen, wenn eine wirkliche Gefahr drohte. Aber vor dem nächsten Parteitag haben wir gewiß schon ein neues Organisationsstatut. Die Annahme der Hamburger Anträge ist unmöglich ohne grundsätzliche Änderung des ganzen Organisationsstatutes. Man müßte dann dem Parteiauschuß ein Delegationsrecht zum Parteitag geben, müßte ihn gerechter zusammensetzen und das Recht der Stellvertretung beseitigen. Auch die anderen Anträge sind in dieser Form nicht annehmbar. Selbst der Parteivorstand hat Anspruch auf ein geordnetes Rechtsverfahren. Ich denke, wir lassen es bei dem bisherigen Zustand. Wir haben ja mit dem Parteiauschuß sehr gut zusammengearbeitet. Er kann sich auch nicht beklagen, seine Beschlüsse haben im Krieg eine ungeheure Bedeutung erlangt und manche, wie die Annahme der Sowjet-Formel vom 18. und 19. April sind von weltgeschichtlicher Tragweite. Sollen wir diese fruchtbarste Zusammenarbeit nicht durch das Aufrollen von Kompetenzkonflikten. (Beifall.)

Löbe-Breslau: Ich stimme Müller bei. Ich habe das Wort verlangt, um Schmidt zu fragen, mit welchen Gründen und mit welcher Berechtigung er diesem Parteitag das Recht auf irgend welche Beschlüsse bestreitet. Die Genossen in der Heimat haben zugestimmt und was die Genossen im Felde betrifft, so ist der Parteitag seit vier Monaten öffentlich angekündigt und alle politisch interessierten Genossen hatten Gelegenheit, sich zu äußern. Wir bekommen täglich bis zu 300 Briefe aus dem Felde, aber es war nicht ein einziger Einspruch gegen den Parteitag dazu. (Hört, hört!) Auch dem Parteivorstand ist kein einziger Protest zugegangen, dagegen haben unzählige Delegierte und das Bureau des Parteitages selbst Begründungsschreiben von allen Fronten erhalten. Ich stelle also fest: Niemand hat gegen diesen Parteitag protestiert und die Genossen im Felde haben unsere Beratungen von Herzen mitgelebt. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte. Die Hamburger Anträge werden abgelehnt mit Ausnahme eines Antrages, dem folgende Form gegeben ist:

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiauschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Darauf folgt die gestern mitgeteilte Schlußrede Görtz und der Schluß des Parteitages.

Politische Uebersicht.

Eine Kundgebung der Konservativen.

In preussischen Abgeordnetenhaus hielt der erweiternde Vorstand der Deutschkonservativen eine Sitzung ab, in der die derzeitigen politischen Fragen erörtert wurden. In einer allgemeinen Entscheidung wurden die Parteiführer aufgefordert, unbedingt durchzusetzen und die Zustimmung auf einen wachsenden bedürftigen nicht lassen zu lassen. Weiter wird der Beschluß auf Einführung des parlamentarischen Regierungssystems als ein Eingriff in die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit und monarchische Verantwortlichkeit des Deutschen Reiches mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Eine Reform des preussischen Wahlrechts wird zwar für erforderlich und geboten erachtet, auch wenn die konservative Partei davon unterlassen, aber die Einführung des Reichstagswahlrechts müsse ebenfalls als unangelegentlich bezeichnet werden, dem Wesen des preussischen Staates, seinen Aufgaben und Zielen gerecht zu werden. Es bedürfte einer Reform, ob nicht ein auf verfassungsmäßigen Organisationsprinzipien beruhendes Wahlrecht der preussischen Volksvertretung besser angepaßt sei.

Es ist die bekannte Selbstaufgabe der Konservativen zu der Konservativen, die hier zum Ausdruck kommt. Aber was soll man dazu sagen, wenn selbst das Zentrum sich in ähnlicher Weise zur Neuwahlentzweiung stellt. So lautet die „Gemeinsame“ in einem Moment gegen die „Abgeordneten“. Es folgt die Rede des Reichstagsabgeordneten von der Konservativen Partei, die die Einführung des Reichstagswahlrechts mit dem Zentrum bei der gemeinsamen parlamentarischen Verantwortung des Reiches nach dem Herzen der Sozialdemokraten ausgesprochen, und wie weisen uns darin einig mit der Reichstagsfraktion des Zentrums.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Oktober.

Höhere Preise für alte Kleider!

Es ist hier und da — nicht in Breslau — darüber ge- sagt worden, daß die Alt-Kleidungsstellen für die abgelieferten Sachen zu wenig zahlen. Da will man die Reichs-Kleidungs- stelle mit neuen Richtlinien über das Beschaffen der Alt- Kleider helfen. Diese neuen Richtlinien ergeben einen höhe- ren Preis für die alten Sachen, soweit sie in den Al- t-Kleidungsstellen abgeliefert werden. Freilich, die Folge davon ist, sie müssen auch wieder teurer verkauft werden. Nachdem werden die Preise für alte Kleider und Schuhe, die von der Breslauer Alt-Kleidungsstelle verkauft werden, im ganzen höher sein. Es bestehen ja auch bestimmte Vorschriften, die durchaus verhindern, daß zu hohe Preise verlangt werden.

Nachdem die Alt-Kleidungsstelle verpflichtet sind, für die alten Kleider höhere Preise zu zahlen, ist wohl mit Recht zu erwarten, daß alles abgegeben wird, was noch zu Hause an alten Kleidern, Mänteln und Schuhen nutzlos lagert. Das darin jeder, was ihm nur möglich ist. Die Kleider- und Schuhrolle ist groß!

Der Zigarettenzoll beschlagnahmt.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Durch Bundesrats-Verordnung vom 20. Oktober wird der im Inland vorhandene oder aus dem Ausland zur Einfuhr gelangende Ziga- retten-Zollzoll, ebenso wie der nach dem Intra- stieren der Verordnung aus dem Ausland eingeführte feine- geschmittenen Zigarettenzoll zugunsten der deutschen Zigarettenzoll- Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Dresden beschlagnahmt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft, zugleich wird die Ver- ordnung vom 19. April 1916 über die Einfuhr von Zigaretten- rohrzoll nebst den Ausführungsbestimmungen dazu außer Kraft gesetzt.

Die durch die neue Verordnung ermöglichte Regelung des Zigarettenzolls zur Versorgung der deutschen Zigaretten- Industrie ist erforderlich, um die Preisausschlässe, die sich allmählich auf dem erheblichen Zigarettenmarkt sowohl zum Schaden unserer Wälsche als auch als Gefahr für die Zu- kunft unserer Zigarettenindustrie entwickelt haben, wirksam zu bekämpfen.

Was die Zitronen lehren.

In der „Deutschen Heimkehr“ finden wir einen Aufsatz, der sich mit dem Zitronen-Einfuhrverbot befaßt. Ohne auf den sonstigen Inhalt einzugehen, sei hier nur der Schlußatz wieder- gegeben:

„Wenn man bedenkt, daß die Valutafrage durch die Schweizer Zugschuldnisse ausgeglichen ist, daß man in der Schweiz bereit war, die Zitronen zu 3 bis 4 Franken an die Reichsstelle abzugeben, während die Reichsstelle in Berlin die Riste mit 30 Mark abgegeben hat, so will es scheinen, als ob auch hier, wie in so vielen Fällen unsere Kriegswirtschaft, der Missfor- tismus über den Kaufmann den Sieg davongetragen hat.“

Ja, so ist es mit unseren Reichsstellen. Wir merken es nicht nur an den Zitronen.

Beschlagnahme von Spinnpapier usw.

Heute ist eine Bekanntmachung über Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfaden, sowie Meldepflicht über Papiergarnherzeugung in Kraft ge- treten.

* Erstickten hat sich am Sonntag, nachmittag 3 Uhr, im Bagendepot hinter der Gasanstalt an der Drebnitzer Straße der dort im Zivildienst stehende, 60 Jahre alte Heinrich Lindner von Gräblichenerstraße 25.

Armierungssoldat im Feuer.

Bei meinem letzten Urlaub bin ich mit Bekannten zusam- mengestritten, welche mir gewöhnlich die Frage vorlegten: „Bist du als Armierungssoldat für dich selbst eine Kugel wert?“ Mit Entzücken über die Unwissenheit solcher Leute, mußte ich ihnen keine Antwort auf diese Frage zu geben. Ich wünschte jetzt, daß mancher bei der Nacharbeit, die wir auszuführen hatten, dabei gewesen wäre, er würde sofort befehligt sein.

Wir waren etwa 50 Mann den ...igen Festern nach D. C. aufgestellt, zum Heranschaffen des Materials nach vorn. Wir arbeiteten in mehreren Trümpen. An dem betreffenden Abend wurde ich und vier Mann, mit Hilfe von zwei Jägern, mit Feldzeugen jagendarmen Schnellgeschütz nach dem etwa 1/2 Stunde von der ersten Stellung gelegenen Plomerplatz in D. schafften. Um die bestimmte Menge Rauch vorzubringen, mußten wir zweimal fahren. Es war den Engländern bekannt, daß in dem Ort hinter Truppenverstecke ist und auch Material von und abgeholt wird. Darum wurde dieses Dorf, besonders der Plomerplatz, hütens mit Feuer besetzt. Wir gelangten mit dem ersten Wagen dort glücklich an, luden so schnell wie möglich ab und luden zurück. Uns entgegen fuhr ein zweimal zwei Wagen, mit je einem Pferd bespannt, ebenfalls Material nach der Front. Wir mußten unseren Wagen ausweichen, und fuhrten dann weiter zurück nach der Abfahrtsstelle, um von neuem zu laden. Es war gegen 12 Uhr nachts, als wir uns wieder das zweite Mal auf den Weg machten. Die uns vorausgehenden vier Wagen hatten jedenfalls zweifellos Gerätschaft gemacht, denn wir waren kaum in D. auf dem Plomerplatz angelangt, und im Begriff abzuladen, als wir ein kurzes Pfeifen in der Luft hörten und mit furchtbarem Knack schlug eine Granate etwa 20 Meter vor uns ein. Wir stürzten uns einen Augenblick hinter unseren Wagen. Die Granatplitzer und die aufgesetzten Erd- plätze prasselten nur so an derselben. Im nächsten Augenblick waren meine Kameraden wie der Blitz in der dunkleren Nacht verschwunden. Schuß auf Schuß folgte, größtenteils Gelb-, gelblichweiß Granaten und Schrapnell. Das Feuer konzentrierte sich hauptsächlich auf den Plomerplatz, auch der Ein- und Aus- gang der Straße wurde mit Feuer besetzt. Wir waren also durchwegs eingeschlossen wie die Mäuse in der Falle. Das Schreck- mußte ich zunächst nicht merken, nur ein paar Schritte zurück hinter einen Baum. Das Geknatter, Pfeifen und Sischen wurde immer unheimlicher, die Lohre gellte. Ich wurde raitlos. Man- dem Kleber? In den in der Nähe stehenden Äpfeln suchte ich nach, erlösten mich auch so, während die Luft sehr unheim- lichen war, auch so, daß ich, das einzige Ding, das mich ein- dringenden Fremden ankommen lassen. Dort in der Nähe liegt aber auch ein Baum, der mich vor dem Feuer schützte.

Stadtrat Wagner verzichtet?

Nach der „Breslauer Zeitung“ hat es Stadtrat Dr. Wagner mit Rücksicht auf die starke Inanspruchnahme durch seine kom- munalen Tätigkeit, insbesondere auf dem Gebiete der Lebens- mittelversorgung, abgelehnt, die Kandidatur für den preussischen Landtag als Nachfolger des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Ehlers anzunehmen.

In kommunalen Kreisen wird der Grund dieses Verzichts allerdings ganz anders angegeben. Hier führt man ihn auf die nachdrückliche Weigerung des Oberbürgermeisters Mat- ting zurück, die erforderliche Einwilligung zur Übernahme der Kandidatur zu geben, für die Herr Wagner selbst durchaus zu haben ist. Ob Herrn Matting mehr die Befürchtung leitete, daß Stadtrat Wagner für die Ordnung der städtischen Lebens- mittelangelegenheiten schwerer zu entbehren sei als ein anderer, oder ob er die Interessen Breslaus in der Hauptstadt durch seine eigene Mitgliedschaft im Herrenhaufe genügend gewahrt sieht, ist nicht sicher zu erkennen. Der erste Grund würde immerhin richtiger sein als der zweite, aber doch nicht durchschlagend genug. Denn wie wir schon gestern andeuteten und wie die „Presf. Ztg.“ weiter auseinanderlegt, wäre der Verzicht der Arbeitskraft für die Einzelheiten der Breslauer Versorgung, die im großen Ganzen doch in Gang gebracht ist, reichlich aus- geglichen durch den Gewinn an Einfluß bei den Zentralstellen, wo wir bisher wirklich kein großes Wort führten, sowie durch eine sachkundige Mitwirkung in Eingemündungs-, Verlehrs- und anderen für Breslau wichtigen Fragen. Wir können uns auch vorstellen, daß die Zentralstellen mit einem sachkundigen, gut informierten Mitgliede der Breslauer Stadtverwaltung gang gern und entgegenkommend verhandeln würden und meinen, daß eine energische Haltung der Breslauer Fortschritt- partei für ihren Kandidaten die vorhandenen Widerstände wohl überwinden könnte.

Ein Erlass gegen die Vaterlandspartei.

Der seit einigen Tagen bereits erwähnt wurde, lautet wörtlich wie folgt:

Der Minister des Innern. Berlin, den 1. Oktober 1917. In 1499.

Anlässlich einer Anfrage eines der Herren Oberpräsi- denten über die Beteiligung der politischen und anderen Staatsbeamten an den Bestrebungen der Deutschen Vater- landspartei habe ich entschieden, daß den Beamten meines Ressorts, insbesondere den politischen Beamten, wie jedem anderen Staatsdiener, der Beitritt zu dieser Partei freistehet, daß es aber unerwünscht ist, wenn sie in Wort oder Schrift für ihre Bestrebungen eintraten. Ich ersuche, dies zu beachten.

An die Herren Oberpräsidenten.

Was vor allem nötig ist, das ist Verfolgung jeden Falls, wo Untergebene beeinflusst werden, der neuen „Partei“ bei- zutreten. Jeder solche Fall muß angezeigt werden.

Herrn Kemna ist es gelungen, 69 Mitglieder aus seiner Fabrik der Vaterlandspartei zuzuführen. Die Beiträge für diese überzeugten Mitglieder zahlt er bekanntlich selbst.

Wie es gemacht wird.

Im Schlußsatz unserer gegen die Reichstags- mehrheit wird die Zahl der Unterschriften auf nahezu 2000 angegeben. Die „Schlesische Wozgen Zeitung“ teilt dazu mit, daß die Zahl der Unterschriften auf über 3000 gestiegen ist. Wie solche Unterschriften „gemacht“ werden, darüber schreibt uns eine Zeitschrift folgendes:

„Als ich am Sonntag mit meinem Manne in R. Kreis Ohlau, war, erzählten uns die Leute, daß der Lehrer des Dorfes mit einer Reihe Unterschriften von Arbeiter- frauen gesammelt hat. Auf Befragen, um was es sich han- delt, sagte er: Untere schreiben Sie nur, alle haben sich schon unterschrieben. Die Polen wollen Schlei- sten unter ihre Herrschaft haben, das ist der Dorn da, das wir sie befreit haben!“

So kamen die vor kurzem unterschriebenen unter der Auf- richt der Vaterlandspartei und der „Schlesier-Lustig“ zusammen! Panonthus Sprötte ist übrigens benannt worden, aus dem Ausschuß der Vaterlandspartei auszutreten, um so drückender erweist allerdings Dr. Bilke sein Entzogen für die dem Zentrum geachtete Kriegsverlängerungspartei.

auf dem Erdboden dorthin, und habe gerade dort branter zur Rot Plak. Hier ergab ich mich meinem Schicksal, werde müde. Denke noch mal nach Hause an Frau und Kind und erwarre jeden Augenblick, daß wir die nächste Granate mein Lebenslicht auslöschen wird. Auch an meine Kameraden denke ich. Haben sie sich noch glücklich retten können, oder hat sie schon der Tod ereignet? Eine Granate scheint es, als ob Feuer- hawle eintritt, ich fiele den Kopf etwas unter meinem Nachdach hervor — da hebt das bekannte Pfeifen und Geknatter wieder an. Granaten und Schrapnell fliegen um mich herum, auf mein Dach prasseln die Granatplitzer und Steine wie ein Hagregen. Die Erde erzittert wie bei einem Erdbeben, Wasser und Brand- geruch erfüllt die Luft. Weder ich noch mein hier Hil be- kommen? — Nachdem ich nun etwa 1/2 Stunde in diesem Feuer gelegen, merke ich endlich, daß es nachläßt und auch gänzlich aufhört, ich springe auf, renne wie ein geistes Wild die Straße zum Hof hinaus. Der einzige Gedanke, nur fort, fort aus der Nähe des Todes. Hinter mir höre ich ebenfalls allige Schritte. Ein Kamerad hinter mir. Wir rufen uns beim Namen und kommen erschöpft bei den anderen Kameraden am Ausgange des Dorfes an. Wie freuen wir uns wieder einmal glücklich den elernen Strohen des Todes entronnen zu sein.

Mit vielen herzlichen Grüßen und dem Wunsche, daß die- ser schreckliche Krieg bald ein Ende hat, verabschiede ich

Dein A.

Aus aller Welt.

Ein, der durchhalten kann. Aus Köln wird geschrieben: In Köln glückte es den Beamten der städtischen Polizei, in der Wohnung eines Oberkassars, der Leiter eines Lokals ist, gewaltige Mengen eingekaufter Lebensmittel festzustellen. Es wurden u. a. vorgefunden über 100 Pfund Weizenmehl, 50 Pf. Getreide, 50 Pf. Bohnen, je 30 Pf. Hirse, Gerste und Graupe. Auch mit Speck war der Herr Oberkassars mit zahlreichem Seiten reichlich eingebett. Vorhanden waren außerdem Butter, Eier, Schmalz und größere Dosen Konserven- milch.

Zum Reichsanwalt beim Obergericht wurde vom pä- nischen Justizminister die Kandidatin Emilia von ... ernannt. Die Anwaltschaft beim Obergericht be- deutet eine höhere Stellung, auf der nur vom Minister ernannte Anwälte angestellt werden.

Geheimliche Spione am Zeppelethafen. Dem Reichs- ...

Zahltag der Wehrunterstützung für November 1917.

Table with 4 columns: Nr. des Darlegungsbuches, Es werden gezahlt (1. Monatsrate am, 2. Monatsrate am), Zahlstelle. Rows list various amounts and corresponding dates and locations like 'Zahlstelle I Zwingerstraße 14'.

Anfang 2 Uhr.

Der Verfassungsausschuss der Stadtverordneten-Versamm- lung stimmt gestern der Anregung des Vorstandes zu, die Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse künftig um 2 Uhr nachmittags zu beginnen. In der Stadterver- ordnungsversammlung dürfte die Zustimmung zu dieser Aenderung kaum so glatt erfolgen, da ihr praktisches Resultat wirklich sehr zweifelhaft ist.

Heutzutage sind behördliche Anordnungen über zeitigen Dabeinhalten während der Winterzeit und über durch- gehende Arbeitszeit zu erwarten.

Die großen Betriebseinsparungen und Tarifänderungen der Straßenbahn werden heute im Ausschuss beraten.

Am 5. Dezember Volkszählung.

Eine Verordnung des Bundesrats bestimmt: Mittwoch, den 5. Dezember 1917 ist eine Volkszählung vorzunehmen. Die neue Volkszählung ist notwendig geworden, weil, wie ge- meldet wird, die am 1. Dezember 1916 vollzogene Zählung nicht hinreichend zuverlässige Unterlagen für die Maß- nahmen des Kriegsernährungsamtes erbracht haben. Den berechtigten Beschwerden über die unzureichenden Zahlen der den Verteilungsplänen für Lebensmittel zugrunde zu legenden Bevölkerung könne nur durch eine neue Feststellung der Bevölkerungszahl begegnet werden. Die technische Durch- führung der Zählung wird wieder mittels der Haushaltungs- listen bewerkstelligt werden. Die Befragung der Haushaltungs- listen im einzelnen wird rechtzeitig der Reichsstatistik verfaßt, da über Einzelheiten der zweckmäßigen Befragung noch ver- handelt wird.

* Der Eigentümer melde sich. Hinter der Fabrik von Linke-Hofmann wurden vor einigen Tagen 20 Zelle von Haf- sungen für elektrische Beleuchtungskörper aus Eisenblech, bronziert, von 6 Zentimeter Durchmesser, und ein Sicherungs- röhren gefunden. Vermutlich sind diese Gegenstände gestohlen. Der Eigentümer kann sich im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums melden.

schach in der Schweiz wegen Landesverrat zu 10 Jahren Zucht- haus und fünfjährigem Exerzieren verurteilt worden. Aus seinem Gefängnis ist folgendes zu entnehmen: Ende 1915 lernte er in Nordschach einen Landsmann Anselmo Paris kennen, der ihn für den französischen Nachrichtendienst gewann und mit einem Franzosen zusammenbrachte. Dieser veranlaßte ihn im August 1916 einen Lageplan der ihm genau bekannten Zeppelethafen in Friedrichshafen zu zeichnen. Er erhielt dafür sofort 100 Fr. und später noch 400 Fr. als die Zeichnung vom Pariser Spionagebureau gebilligt war. Dann sollte er die Zeichnung, Bestimmung und Munitionsmengen der Zeppelethafen feststellen und zwar für einen Beamten des französischen Kon- sulates in Zürich, als er sich dort nach dem Verbleib seines früheren Auftraggebers erkundigte. Der Konsulatsbeamte zahlte sofort 100 Fr. und versprach mehr, falls er die gewünschten Nach- richten brächte. Pagnutti sollte zur Ausführung seines Auf- trages nach Friedrichshafen. Auf dem Uferfährtenschiff Lerne trug er einen in Friedrichshafen beschäftigten Italiener Adam kennen, versuchte ihn über die Verhältnisse beim Zeppelethafen usw. auszuforschen und bemühte sich ihn durch Gelbangebot zur Eingiehung näherer Erkundigungen zu veranlassen. Adam ging darauf indessen nicht ein, sondern ließ Pagnutti bei der Ankunft in Friedrichshafen verhaften. Wieder ein Fall, der die Spionage französischer Konsulate in der Schweiz beweist.

Ein unheimliches Bild stilles Verrotung wurde vor der Strafkammer in Gleda aufgestellt. Im Mai dieses Jahres war der 3 1/2 Jahre alte Bernard Keller in Dietford in einem Keller erschlagen aufgefunden worden. Als Täter wurden bald darauf die 15 und 17 Jahre alten Brüder Benzol und Franz Polarny verhaftet. Die beiden jugendlichen Mörder, die mit ihrer Schwester zusammenleben, während der Vater im Felde steht, und deren Mutter schon gestorben ist, waren durch die Verführung von Indianer- und Mid-Carter-Gestern zu ihrer Untat angegert worden. Sie wollten einmal Menschen- fleisch essen. Auf Veranlassung seines 17jährigen Bruders Franz tötete Benzol Polarny den kleinen Bernhard Keller in den Keller und erschlug ihn dort mit einem Beil. Als der Bruder, der auf der Hecke arbeitet, dann zurückkehrte, fanden die Brüder ein Stück Fleisch aus dem Bein der Leiche, das es zu brechen und zu verzehren. Im letzten Augenblick ließen sie jedoch von ihrem Vorhaben ab. Sie verpackten die Leiche in dem Keller, wo sie dann später aufgefunden wurde. In der Gerichtsverhandlung erzählte Benzol Polarny eine der geringste Zeichen von Reue den Tatbestand, während Franz Polarny unter der Schwere des Verbrechens zusammen- zubrechen zu sein schien. Die Strafkammer verurteilte Benzol Polarny wegen Verleitung zum Mord zu zehn Jahren Zuchthaus.

